

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Auhagen und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung Ergebnis der GATT-Konferenz von Punta del Este

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß das Thema Dienstleistungen auf die Tagesordnung der GATT-Verhandlungen gekommen ist. Er lehnt den Tauschhandel einer Liberalisierung des Dienstleistungssektors gegen einen Abbau der Agrarsubventionen Europas ab.
2. Er fordert die Bundesregierung auf, in Zukunft in der Arbeitsgruppe Dienstleistungen die Position der Entwicklungsländer, die Dienstleistungen als Frage nationaler Souveränität anzusehen, zu unterstützen.
3. Er fordert die Bundesregierung auf, nicht auf eine Liberalisierung der Importe der Entwicklungsländer zu pochen.
4. Er verurteilt, daß Verschuldung und Weltwährungsfragen, mit dem Ziel einer globalen politischen Lösung der Verschuldungskrise, nicht in die Diskussion der GATT-Verhandlungen seitens der Bundesregierung eingebracht wurde.
5. Er fordert die Bundesregierung auf, in Zukunft den Problemkomplex ökologischen und sozialen Dumpings zu thematisieren und darauf hinzuwirken, daß er Gegenstand einer Arbeitsgruppe wird, die Ursachen, Folgewirkungen und Gegenmaßnahmen diskutiert.

Bonn, den 25. September 1986

Auhagen
Borgmann, Hönes und Fraktion

Begründung

Zu 1. und 2.

Der Bereich der Dienstleistungen ist ein ökonomisch, politisch und kulturpolitisch besonders sensibles Feld.

Im Bankwesen stärkt die Liberalisierung Anreize zu unkontrollierten Kapitalbewegungen, Spekulationen und Kapitalflucht – letztendlich auch zur politischen Erpressung eines Landes.

Die Liberalisierung im Informationsbereich unterbindet den Aufbau eigenständiger, den Bedürfnissen der Entwicklungsländer angepaßter Informationsdienste.

Zu 3.

An vielen Beispielen läßt sich nachweisen, daß eine Importliberalisierung in den Entwicklungsländern dort die Verschuldung drastisch beschleunigt. Durch den Wegfall von Importschranken werden viele Industrien in den Entwicklungsländern in ihrer Existenz gefährdet.

Länder, wie Brasilien oder Mexiko, konnten die für den Schuldendienst notwendigen Exportüberschüsse nur über strenge Importkontrollen und letztendlich über eine Verminderung der Importe erreichen. Daher muß es der politischen Souveränität eines Landes unterliegen, in welchen Sektoren und in welchem Ausmaß es eine Liberalisierung für richtig hält oder nicht.

Zu 4.

Die Industrieländer sind in sich widersprüchlich: Einerseits fordern sie „Anpassungsmaßnahmen“ der Entwicklungsländer, die aus diesen beträchtliche Überschüsse herauspressen, um die Zinsen zu bezahlen, andererseits praktizieren sie aber für zahlreiche Exportprodukte einen Protektionismus, der eine Exportstrategie der Entwicklungsländer zunehmend unsinnig machen läßt.

Wenn sich die Industrieländer allerdings keine Zugeständnisse bei der eigenen Liberalisierung leisten können, dann müssen sie Zugeständnisse machen bei der Verschuldungsfrage.

Die zentrale Aufgabe liegt darin, die Kosten des Schuldendienstes international so aufzuteilen, daß die Schuldnerländer nicht zu aggressiven Exportstrategien gezwungen werden, sondern wieder Handlungsspielräume für binnenwirtschaftliche Entwicklungswege zurückgewinnen, die die Verbesserung der Lebensbedingungen der Ärmsten zur vordringlichen Aufgabe machen. Internationale Verhandlungen über eine derartige Lösung der Schuldenkrise müssen daher, wenn auch nur am Rande, bei den GATT-Verhandlungen angesprochen werden.

Zu 5.

Dumping liegt in der Regel vor, wenn ein Unternehmen versucht, seine Marktmacht dadurch auszuweiten, daß es Produkte zu Preisen, die unter den Produktionskosten liegen, verkauft.

Soziales und ökologisches Dumping entstehen dadurch, daß Preise niedrig gehalten werden können, durch die Abwälzung sozialer und ökologischer Kosten auf die Produzenten oder die Gesellschaft.

Von ökologischem und sozialem Dumping geht eine doppelte

Irrationalität aus: Auf dem Weltmarkt hat das Land die besten Chancen, das am erfolgreichsten soziale und ökologische Kosten abwälzen kann. Internationaler Wettbewerb wird zum Wettbewerb um die niedrigsten Standards und die niedrigsten Löhne. Die Folge ist eine weltweite Verzerrung der Produktionsstrukturen: Lohnkostenintensive und umweltzerstörende Industrien werden aus Ländern mit den höchsten sozialen und ökologischen Standards ausgelagert und steigern dort die Arbeitslosigkeit. Dagegen steigt das Ausmaß an Umweltzerstörung in Entwicklungsländern dramatisch und gefährdet das globale Öko-System. Die Menschen hier und in den Entwicklungsländern müssen die Kosten tragen. Sie subventionieren damit dauerhaft eine immer ineffizientere weltweite Industriestruktur.

Die Ursachen für ökologisches und soziales Dumping sind von Land zu Land verschieden und komplex: Gewerkschaften werden politisch massiv unterdrückt. Massive Unterbeschäftigung verstärkt die Konkurrenz um die wenigen Arbeitsplätze. Unterbeschäftigung ist oft Folge einer vernachlässigten Landwirtschaft und extrem ungleich und ungerecht verteilten Bodenbesitzes. Die Landbevölkerung wird zumeist politisch ausgegrenzt und repressiv stillgehalten. Die damit verbundene Verelendung auf dem Lande führt zu Landflucht und städtischer Unterbeschäftigung, die nicht durch Industrialisierungsstrategien, die auf modernste Technologie für die Bedürfnisse der reichen Minderheit in den Ländern setzen, aufgefangen werden.

Wenn ökologisches und soziales Dumping nicht wirksam international bekämpft werden, wird sich der innenpolitische Druck in den Industrieländern für mehr Protektionismus verstärken, um dort den Lebensbedarf aufrechterhalten zu können.

